

# Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 7 für die 47. Woche / 2011

Mannheim, den 21. November 2011

Redaktionsanschrift: [mathias.kohler@gmx.net](mailto:mathias.kohler@gmx.net)

## Krise ohne Ende?



Europa am Scheideweg

mit dem SPD-Europaabgeordneten  
**Peter Simon**

**Donnerstag,  
24. November 2011**

Beginn: 19:00 Uhr

**MaRuBa das Gasthaus**

Feudenheimer Str. 2  
68167 Mannheim

Veranstalter: SPD-Kreisverband Mannheim  
Homepage: [www.spd-mannheim.de](http://www.spd-mannheim.de)



**Peter Simon**

Europaabgeordneter, Mannheim

Mitglied im Ausschuss „Wirtschaft  
und Währung“ des Europäischen  
Parlaments

[www.peter-simon.eu](http://www.peter-simon.eu)

Die Europäische Union steht vor einer historischen Bewährungsprobe. Die Situation in Griechenland scheint zu eskalieren. Die europäische Schuldenkrise, als Folge der internationalen Finanzkrise, hält die nationalen und europäischen Institutionen seit über einem Jahr auf Trab, ein Sondergipfel jagt den nächsten. Die Staatskrise könnte sich zu einer existenziellen Bedrohung der Europäischen Idee ausweiten, falls nicht nachhaltige Mechanismen zur Bewältigung der Krisen geschaffen werden.

Der SPD-Kreisverband Mannheim möchte über die aktuelle Situation informieren. Wir freuen uns, dass wir unseren **Europaabgeordneten Peter Simon** für diese Informationsveranstaltung gewinnen konnten.

Peter Simon ist Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlamentes. Er informiert und diskutiert über den aktuellen Stand der Dinge und die sozialdemokratischen Lösungsansätze für Wege aus der Krise. Zu der Veranstaltung am 24.11. in der „MaRuBa“ sind alle Interessierten herzlich eingeladen.



Beschluss des SPD-Kreisparteitages:

## Die Mannheimer SPD fordert schnelles und konsequentes Vorgehen gegen nationalistischen Terrorismus!

**Die NPD soll verboten und der Rechtsradikalismus an seinen Wurzeln bekämpft werden!**

Die Mannheimer SPD ist entsetzt über die Dimension des Rechtsterrorismus, die durch die Taten der Zwickauer Zelle nach und nach öffentlich wird. Die Gewalttaten der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ zeigen, wohin ein Versagen der Bildungssysteme und der Zivilgesellschaft aber auch der Geheimdienste im Kampf gegen rechtes Gedankengut führt. Wir fordern ein konsequenteres Vorgehen gegen nationalistische und rassistische Propaganda und Taten in Deutschland.

Nicht erst seit feststeht, dass es in Deutschland nationalistischen Terror gibt, ist klar, dass die Politik der Bundesregierung unter dem Label der „Extremismusbekämpfung“ fehlschlägt. Dies muss sich dringend ändern. Bundesfamilienministerin Schröder hatte sich vermehrt durch den Einsatz gegen „Linksextremismus“ in die Presse gebracht. Besonders die so genannte „Demokratieerklärung“, nach der vom Familienministerium geförderte Projekte gegen Nazis ihre Verfassungstreue versichern sollen, wurde in den letzten Monaten stark als symbolische Geringschätzung kritisiert.

In den vergangenen Tagen konnte die Polizei viele Morde an Migranten und einer Heilbronner Polizistin der rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ zuordnen. Außerdem bekennt sich die Gruppe zu dem Nagelbombenanschlag in Köln am 9. Juni 2004, bei dem 22 Menschen verletzt wurden. Seit der Wiedervereinigung sind 138 Menschen durch rechte Gewalt getötet worden. In den vergangenen Monaten gab es vermehrt rechtsmotivierter Angriffe auf linke Jugendzentren und Hausprojekte. So wurde u.a. in der Nacht zum 9. November 2011 zum wiederholten Mal ein Brandanschlag auf ein Jugendzentrum der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendorganisation SJD – Die Falken in Berlin Neukölln verübt.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns jederzeit gegen Rassismus und Fremdenhass zur Wehr. Die Justiz und die Bundesregierung müssen nun Farbe bekennen, in dem sie entschieden und effektiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgeht. Das bedeutet auch, in der Familien- und Bildungspolitik entsprechende Programme wieder verstärkt zu fördern.

Öffentlichen oder verdeckten Auftritten der Neonazis muss überall und entschieden entgegen getreten werden. An dieser Stelle ist das Verhalten der Stadt Mann-

heim und des Gemeinderates bei geplanten Veranstaltungen der Nazis als beispielhaft zu nennen.

Auch das Verbot der NPD muss erneut geprüft werden. Das Verbot der NPD muss kommen – völlig unabhängig von der Mordserie. Es ist nicht zu ertragen, dass die braune Propaganda über die staatliche Wahlkampfkostenersatzung auch noch mit Steuergeldern unterstützt wird. Der Staat muss auf allen Ebenen zeigen, dass er eine „wehrhafte Demokratie“ ist.

Ins Visier ist auch die Arbeit der Ermittlungsbehörden, insbesondere die Rolle des Verfassungsschutzes zu nehmen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Behörden teilweise auf dem rechten Auge völlig blind sind.

Nach Überzeugung der Mannheimer SPD bildet die NPD das Umfeld, das auch den Rechtsterrorismus stärkt. Für ein NPD-Verbotsverfahren muss auch der Einsatz so genannter V-Leute neu bewertet werden. Diese bezahlten Informanten des Verfassungsschutzes in der rechten Szene waren der Grund, warum der letzte Versuch, die NPD zu verbieten, vor dem Bundesverfassungsgericht

gescheitert war.

In einer demokratischen Gesellschaft muss es deutlich mehr Initiativen gegen Rechts geben. Die Gesellschaft darf Rechtsextremen keine Räume geben, in die sie eindringen können. Dabei geht es auch um öffentlichen Angebote und die Infrastruktur im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit vor Ort. In den vergangenen Jahren mussten die Kommunen und Gemeinden deutliche finanzielle Einschnitte hinnehmen – auch durch die Steuererhöhungspolitik der Bundesregierung.

Wir müssen darüber im Klaren sein, dass der mörderische Rechtsextremismus eine Bedrohung für uns alle und unsere demokratische Gesellschaft ist. Wir alle sind gefordert, uns den Rechtsextremisten entgegenzustellen, wie wir dies beispielsweise gemeinsam mit vielen anderen im Bündnis Mannheim gegen Rechts tun. Die Mannheimer SPD fordert von allen demokratischen Kräften und von den Sicherheitsorganen auch in der Metropolregion eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber vorhandenen rechtsextremistischen Aktivitäten.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Nur so können wir den Sumpf trocken legen. Schweigen ist der falsche Weg.



## DGB-Herbst-Gericht: der Fall Altersarmut

23. November 2011 – 18.00 Uhr im Otto-Brenner-Saal des Gewerkschaftshauses Mannheim

Die Arbeitslandschaft hat sich verändert. Stetige Erwerbsbiografien sind nicht mehr die Regel im Leben der Beschäftigten. Zeiten von niedrig entlohnter Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Befristungen und Kurzarbeit führen dazu, dass keine Rentenansprüche in der erforderlichen Höhe angesammelt werden können.

Wenn die Rente zu einem würdigen Auskommen im Alter nicht mehr ausreicht, droht Altersarmut. Derzeit ist Altersarmut ein überwiegend weibliches Phänomen, weil Frauen überdurchschnittlich häufig in Teilzeit und Minijobs arbeiten. In Zukunft wird die Altersarmut auch männlich sein. Leiharbeit, Befristungen, Niedriglöhne, kurz: prekäre Beschäftigung ist schuld daran, dass immer mehr alte Menschen nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Der DGB klagt diese ausufernde Praxis in der Arbeitswelt an und lädt Sie herzlich ein zum „DGB-Herbst-



Gericht: der Fall Altersarmut“ am Mittwoch, den 23. November 2011 mit **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, als „Vorsitzende Richterin“. Vor unserer Veranstaltung sind Sie herzlich zu einem Teller Suppe eingeladen.

### Ablauf der Verhandlung

18.00 Uhr: DGB-Herbst-Gericht: Suppen mit Brot

18.30 Uhr: Begrüßung durch Stefan Rebmann, Regionvorsitzender DGB Nordbaden

18.45 Uhr: „Hauptverhandlung“ unter dem Vorsitz von „Richterin“ Annelie Buntenbach

19.15 Uhr: „Schlussplädoyer“ Klaus Stein, 2. Bevollmächtigter IG Metall Mannheim.

Schnellstmögliche Anmeldung bitte beim: DGB Nordbaden, Hans-Böckler-Str. 3, 68161 Mannheim, Tel.: 0621 / 150 470 19, Fax: 0621 / 150 470 15, [mannheim@dgb.de](mailto:mannheim@dgb.de)

## Von Prof. Dr. Christoph Butterwegge eine sozialpolitische Halbzeitbilanz der CDU/CSU/FDP-Koalition: „...im Grunde eher die Armen bekämpft“

Hier soll untersucht werden, ob die im Oktober 2009 gebildete CDU/CSU/ FDP-Regierung, anders als im Bundestagswahlkampf und besonders vor der für sie wegen der Zusammensetzung des Bundesrates sehr wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 versprochen, eine „Koalition der sozialen Zumutungen“ gewesen ist, oder ob sie den „Um-“ bzw. Abbau

des bestehenden Wohlfahrtsstaates, der seit fast dreieinhalb Jahrzehnten im Gang war und mit der als „Hartz IV“ bezeichneten Arbeitsmarktreform seinen Höhepunkt erreicht hatte, verlangsamt bzw. gestoppt hat...

Weiter unter:

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17140>

Informations- und Diskussionsveranstaltung in Müllers Restaurant & Café Lounge auf dem Museumsschiff

## Die SPD informiert über Nazis in Mannheim und der Region

Angesichts der aktuellen Entwicklungen im rechtsterroristischen Bereich stellt sich natürlich auch die Frage, welche Aktivitäten die Nazi-Szene in unserer Region durchführt und über welchen Einfluss sie verfügen. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Nur so kann den Sumpf trocken gelegt werden. Schweigen ist der falsche Weg. Deswegen laden die Mannheimer SPD und der Innländerstammtisch des SPD-Kreisverbandes am Montag, den 28. November 2011 zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung ein.

Dabei geht es u.a. um Fragen, wie die Nazi-Szene in Mannheim und der Region aussieht? Gibt es rechtsradi-

kale Gewaltaktivitäten in der Region? Auf welche Art und Weise versuchen die Nazis Menschen zu beeinflussen? Gibt es fließende Übergänge beispielsweise zu Rechtspopulisten? Welche Rolle spielt der Verfassungsschutz?

Als sehr fachkundige Referenten konnte die SPD das Beraternetzwerk gegen Rechtsextremismus und den Arbeitskreis Antifa im Jugendzentrum „Friedrich Dürr“ in Selbstverwaltung gewinnen. Die Diskussionsleitung übernimmt der Journalist und ehemalige Leiter des Mannheimer SWR-Fernsehstudios Veit Lennartz.

Die Veranstaltung beginnt am 28. November um 19 Uhr in Müllers Restaurant & Café Lounge Mannheim, Neckarvorlandstrasse 2a, auf dem Museumsschiff.

**GIB NAZIS  
KEINE  
CHANCE**



## Projekt Mannheimer Straßenschule gewinnt Engagementpreis-2011

Rückenwind, um weitere Schulabbrecher bei einem Schulabschluss zu unterstützen. Überreichung der Auszeichnung durch die Bundestagsabgeordnete und SPD-Vorstand Dr. Eva Högl in Berlin.

Das Projekt „Mannheimer Straßenschule“ ist am Samstag, 12.11.2011, in Berlin mit dem Engagementpreis des Vereins FES-Ehemalige e.V. ausgezeichnet worden. Die Bundestagsabgeordnete und Vorstandsfrau der Bundes-SPD überreichte den mit 2.500 Euro dotierten 1. Preis an die Initiatoren. Die Jury war überzeugt: „Ein herausragendes Projekt, das soziales Engagement mit einem vorbildlichen Bildungskonzept verbindet. Klar bester Wettbewerbsbeitrag!“

„Große Freude ist auf unserer Seite. Es ist eine große Anerkennung und Motivation für alle Beteiligten der Mannheimer Straßenschule. Wir wollen weiter machen und mehr Kapazitäten für die individuelle Betreuung schaffen“, so Ute Schnebel, Mitarbeiterin an der Heidelberger Hochschule und für das Projekt bisher ehrenamtlich tätig.

Die Straßenschule ist eine Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschule Heidelberg (Masterstudiengang Straßenpädagogik) und Freezone/StreetNight in Mannheim. Seit Herbst 2010 unterstützt die Initiative junge Menschen in schwierigen Lebenslagen beim Erlangen eines schulexternen Haupt- oder Realschulabschluss und will Fähigkeiten, Wissen, Selbstvertrauen sowie persönliche Perspektiven stärken. Fast alle jungen Menschen, die sich bei Freezone/StreetNight (Mannheim, J7, 23) aufhalten, sind Schulabbrecher bzw. Schulverweigerer oder haben Probleme in der Schule. Die Schulinstitutionen sind vielfach nicht auf diese Problemlagen eingestellt. Daran setzt die Mannheimer Straßenschule an und bringt die Schule zu den Schülerinnen und Schülern an den Ort, an dem sie sich wohl fühlen und zu dem sie Vertrauen haben.

Aktuell sind 13 junge Menschen bei der Straßenschule. Bereits im Juli dieses Jahres konnten die ersten drei Jugendlichen die so genannte Schulfremdprüfung mit tatkräftiger Förderung und Zuspruch durch die Initiative ablegen. Sie werden nach ihrem Abschluss weiterhin unterstützt, um auch den Berufseinstieg zu erleichtern. Begleitet und unterrichtet werden die Programmteilnehmer von Lehramtstudierenden, Studierenden (darunter auch Stipendiatinnen und Stipendiaten der Fried-

rich-Ebert-Stiftung) sowie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Projekt finanziert sich bisher ausschließlich durch Spenden, so sorgt das Preisgeld dafür, dass grundlegende Unterrichtsmaterialien angeschafft werden können und die nicht ehrenamtlich arbeitenden Lehrkräfte ein kleines monatliches Honorar erhalten. In Zukunft sollen Kapazitäten ausgebaut werden und eine Straßenzeitung ist vorstellbar.

SPD-Vorstand und Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl freut sich, den Preisträgern gute Wünsche mit auf den Weg geben zu können: „Die drei Gewinnerprojekte verbindet das Thema Orientierung und individuelle Unterstützung auf dem manchmal holprigen Bildungsweg von Schülerinnen und Schülern. Ihr wichtiges Anliegen und die zum großen Teil ehrenamtliche Tätigkeit verdient große Beachtung und weitere Erfolge.“

Der „Engagementpreis-2011“ des FES-Ehemalige e.V. wurde beim Jahrestreffen des Vereins ehemaliger Friedrich-Ebert-Stipendiaten am Samstag, 12.11.2011, bereits zum fünften Mal vergeben. Drei herausragende gesellschaftspolitische Projekte wurden von einer unabhängigen Jury mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft ausgewählt und mit insgesamt 5.000 Euro ausgezeichnet. „Jeder Gewinner hat es verdient, jetzt ähnliche Erfolgsgeschichten wie die Vorjahressieger zu schreiben!“ so Mitorganisator Markus Pins.



**Der Preis:** Der Verein FES-Ehemalige hat 2011 den Engagementpreis zum fünften Mal verliehen. Insgesamt konkurrierten in den vergangenen Jahren über 200 Bewerbungen um über EUR 30.000 Preisgeld.

Auch wenn große Zahlen immer beeindruckend sind: Es zählt jeder einzelne, der von sozialem Engagement profitiert - oder der sogar auf soziales Engagement dauerhaft angewiesen ist.

2011 hat Dr. Eva Högl, Mitglied des Deutschen Bundestages, den Preis an die Gewinnerinnen und Gewinner überreicht.

Der Verein FES-Ehemalige e.V. ist eine Initiative der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Der Fakt: Deutschland ist seit Jahren drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Das Ziel: Schluss damit! Stoppt den Waffenhandel!**

**Der Weg: Unterstützen Sie die Aktion Aufschrei – Waffenhandelstopp!**

Im Mai haben zahlreiche Organisationen die bundesweite Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! gestartet. Ihr langfristiges Ziel ist es, ein Verbot von Rüstungsexporten ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Kampagne hat schon erste Erfolge erreicht, indem die unsägliche Praxis der Rüstungsexporte in mehreren TV- und Hörfunksendungen und Zeitungen aufgegriffen wurde. Dabei bezogen sich die Medien

auch auf Recherchen, die von Personen oder Trägerorganisationen der Aktion Aufschrei betrieben wurden.

Natürlich bedarf es weiterer konzentrierter, engagierter und vor allem pfiffiger Aktionen mit langem Atem, um ein Rüstungsexportverbot schließlich zu erreichen. Ein Mittel dafür ist das Sammeln von 262.000 Unterschriften, die den PolitikerInnen verdeutlichen sollen, dass Volkes Wille hinter der Forderung steht. Jede und jeder

ist gefragt, um Unterschriften für die Ergänzung von Artikel 26, Absatz 2 (daher 262.000) zu sammeln. Weil sich das gemeinsam in Verbindung mit einem abgestimmten Vorgehen leichter verwirklichen lässt, sind auch Initiativen unterschiedlichster Art und Herkunft aufgerufen sich einzubringen, um gemeinsame Aktivitäten zu verabreden.

Wir möchten Sie und Ihre Organisation gerne dafür gewinnen, sich mit uns in einer regionalen Initiative für ein Rüstungsexportverbot einzusetzen. Von einem koordinierten und abgestimmten Vorgehen bei (regelmäßigen) Treffen versprechen wir uns größere mediale Aufmerksamkeit, um so den Argumenten für ein Rüstungsexportverbot mehr Gehör zu verschaffen und den Boden für das Sammeln für Unterschriften zu bereiten. Gemeinsam lassen sich kreative und ungewöhnliche Ideen leichter entwickeln, wie wir in der von Medien und Internet dominierten Öffentlichkeit unser Anliegen wirksam präsentieren. Durch gemeinsame Veranstaltungen können wir mehr Menschen erreichen und (hoffentlich) auch mehr aktive UnterstützerInnen.

Die folgenden Termine und Veranstaltungen schaffen Anlässe, die Kampagne Aktion Aufschrei bekannt zu machen.

- ◆ So. 26.2.2012: bundesweiter Aktionstag der Kampagne Aktion Aufschrei
- ◆ Mo. 5.3.2012 : Veranstaltung Rüstungsgüter "Made in Germany" ins südliche Afrika mit dem aus Angola stammenden Referenten Emanuel Matondo
- ◆ 16.-20.5.2012: 98. Deutscher Katholikentag in Mannheim (Aufschrei Waffenhandel wird von mehreren kirchlichen Organisationen mitgetragen)
- ◆ 18.-25.5.2013: Internationales Deutsches Turnfest 2013 in der Metropolregion Rhein-Neckar (SportlerInnen streben weltweite Teilnahme an Wettkämpfen an, aber keine weltweite Verbreitung von Waffen)



fen an, aber keine weltweite Verbreitung von Waffen)

Unabhängig von einer (regelmäßigen) Teilnahme an einem regionalen Koordinierungstreffen bitten wir Sie, folgende Möglichkeiten zu nutzen.

- ◆ Unterschriftenlisten und Faltblätter auslegen (lassen) in Club- und Vereinshäusern, Läden, Büchereien u.dgl. m. (diese können kostenlos bestellt werden siehe: <http://aufschrei-waffenhandel.de/Materialien.89.0.html>)
- ◆ Den Internetauftritt der Kampagne [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de) als Informationsquelle nutzen
- ◆ Die Kampagne durch ein Statement auf [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de) unterstützen (<http://aufschrei-waffenhandel.de/Statements.134.0.html>)
- ◆ auf die Online-Unterschriften-Möglichkeit hinweisen (<http://aufschrei-waffenhandel.de/Unterschreiben-Sie-jetzt.76.0.html>)
- ◆ Mitglied der Aktion Waffenhandelstopp werden (siehe: <http://aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>)

**Friedensplenum Mannheim.** Kontakt über: **Otto Reger**, Weiherstr. 20, 68259 Mannheim, Tel. 0621 7901245, Mobil 0176 50218312, [reger-otto@web.de](mailto:reger-otto@web.de)

## Peter Simon: "Daseinsvorsorge: Bürokratieabbau durch klare und passgenaue Regeln"

Europäisches Parlament folgt mit großer Mehrheit Peter Simons Vorschlägen zur Reform der EU-Beihilfevorschriften für öffentliche Dienstleistungen



Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am Dienstag in Straßburg die Vorschläge des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten Peter SIMON zur Reform der EU-Beihilfevorschriften im Bereich der Daseinsvorsorge für so genannte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen

Interesse (DAWI) angenommen. Zentraler Inhalt der Vorschläge ist es, die Erbringer und die überwiegend kommunalen Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. Bildungs- und Kultureinrichtungen, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung oder auch Krankenhäuser und Pflegeheime durch klare und anwenderorientierte Vorschriften bürokratisch zu entlasten und die Inanspruchnahme von staatlichen Ausgleichszahlungen zu

erleichtern. "Mit diesem Votum senden wir eine klare Botschaft an die Europäische Kommission: Die Beihilferegeln müssen zukünftig effektiver, einfacher und verhältnismäßig sein, die Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten wahren und die besondere Funktion öffentlicher Dienstleistungen berücksichtigen. Nur dann bringen die neuen Regeln mehr Rechtssicherheit und führen zu einer Verwaltungsvereinfachung", betont der für das Europäische Parlament federführend Verantwortliche Peter Simon.

Die Forderungen von Peter Simon gehen deshalb in mehreren Punkten über die derzeit vorliegenden Entwürfe der Europäischen Kommission für eine Neuregelung hinaus, die voraussichtlich Ende Januar 2012 in Kraft treten. "Rein lokal relevante Leistungen der Daseinsvorsorge, die aufgrund ihres örtlichen Charakters keinen Bezug zum europäischen Binnenmarkt haben, sollten folglich auch nicht der europäischen Beihilfenkontrolle unterworfen sein. Dies würde unseren Städten

und Gemeinden viel unnötige Arbeit ersparen", so Peter SIMON. Außerdem plädiert er bei der Überarbeitung der Beihilfavorschriften dafür, den besonderen Charakter sozialer Dienstleistungen wie z.B. der Krankenhäuser und Pflegeheime stärker zu berücksichtigen, etwa durch eine speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Regelung und eine eigene Ausnahmenvorschrift für Ausgleichszahlungen (De Minimis-Regelung). Des weiteren spricht er sich gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission aus, den allgemeinen Schwellenwert zur Befreiung von der Pflicht, eine staatliche Beihilfe vorab bei der Kommission anzumelden und genehmigen zu lassen (Notifizierungspflicht), von 30 auf 15 Millionen Euro zu halbieren. "Eine Verringerung des Schwellenwertes wäre völlig kontraproduktiv. Anstatt den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, würde er sogar noch

gesteigert.", betont Peter Simon. Stattdessen fordert er einen höheren Schwellenwert. Hierdurch könnte ein wesentlicher Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet werden, da so beispielsweise eine größere Anzahl von Leistungen der Daseinsvorsorge von der Meldepflicht ausgenommen würden.

"Um ihrem Anspruch nach einfachen, klaren und passgenauen neuen Beihilfavorschriften gerecht zu werden, muss die Kommission ihre derzeitigen Entwürfe an mehreren Stellen noch nachbessern", so Peter SIMON "Um darüber hinaus aber auch langfristig Rechtssicherheit für alle Akteure zu bieten, sollte sie endlich den seit Jahren von uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament geforderten rechtlichen Rahmen für die Daseinsvorsorge vorlegen. Die Zeit hierfür ist überreif."

politma\_politkalender\_mannheim

## Gute Möglichkeit, um für SPD-Veranstaltungen zu werben

<http://www.politma.de/> „Überall wird sich engagiert, Veranstaltungen und Aktionen geplant. Wer blickt da noch durch? Auf dem Weg zur Großstadt (ups!) braucht Mannheim endlich auch eine Vernetzung politischer Aktivitäten. Diese kann man nun hier reinpacken, verbreiten und damit zur Vernetzung beitragen. Verbreitet auf Euren Materialien die Domain [www.politma.de](http://www.politma.de) und stellt hier eure Termine und Aktionen rein. Damit andere davon erfahren. Damit die wiederum nicht aus Versehen gleichzeitig etwas planen. Helft mit, dass dieser Blog gefüllt wird. Mit Meinungen, Kommentaren (natürlich ohne persönliche Beleidigungen und nicht ano-

nym!) und Ideen. Aber bitte: nicht aufeinander losgehen und abhetzen! Das wäre zu schade für all die Mühe. Kritik an Menschen bitte auf dem direkten Wege und nicht über diese Plattform. Politma.de – der Politikalendar Mannheim kann von euch selbst gefüttert werden. Er ist auf WordPressbasis gebastelt und leicht zu bedienen. Wir haben alles so aufgebaut, dass es so gut wie keine Betreuung bedarf. Wenn ihr regelmäßig Termine einlegt, dann registriert Euch... Telefonische Betreuung ist leider nicht möglich. ...“

## Heberer fordert Hinweistafel auf die Benz-Fabrik



Die Landtagsabgeordnete Helen Heberer wirbt im 125. Jubiläumsjahr der Erfindung des Automobils auch für die historische Benz-Fabrik in Ladenburg, der in Baden-Württemberg als Erfinderland des ersten Automobils besondere Bedeutung zukommt.

Heberer verfolgt die Idee, eine touristische Hinweistafel am Fahrbahnrand der A 5 aufstellen zu lassen, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Menschen im Transitverkehr noch stärker auf das heutige Automuseum mit seiner geschichtsträchtigen Werkshalle zu len-

ken. Daher hat sie sich in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt, um in Erfahrung zu bringen, ob diese einen entsprechenden Antrag aus der Region auf Anbringung einer Hinweistafel unterstützen würde. Die Tafel sei eine hervorragende Möglichkeit, um auf das weltweit beachtete Kultur- und Industriedenkmal aufmerksam zu machen, das in besonderer Weise an den Automobilpionier Carl Benz, seine erste Fabrik und an die Geschichte des Automobils erinnert, so die Landtagsabgeordnete und hofft auf eine breite Unterstützung ihrer Initiative.

## "Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück"

Europäisches Parlament verbietet erstmals spekulatives Finanzprodukt

Kommissionsvorschlag zu Ratingagenturen bleibt hinter Erwartungen zurück

(17.11.11) Das Europäische Parlament hat mit den so genannten ungedeckten Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen ("Credit Default Swaps") erstmals ein spekulatives Finanzinstrument verboten. Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen ohne tatsächliche Kreditvergabe (ungedeckt) sind damit nicht mehr möglich. "Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen ohne tatsächliche Kreditvergabe sind reine Spekulationsin-

strumente. Das Verbot war längst überfällig", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Peter SIMON das Ergebnis. Die Parlamentarier beschlossen zudem, dass ungedeckte Leerverkäufe, d.h. der Verkauf eines Wertpapiers ohne dieses zu besitzen, bis zum Ende des Handelstages mit den entsprechenden Papieren unterlegt sein müssen. Ansonsten drohen den Verkäufern Strafzahlungen.



Besonders das Verbot ungedeckter Kreditausfallversicherungen wurde von den Mitgliedstaaten noch bis kurz vor Abschluss der Verhandlungen vehement abgelehnt. Sie mussten aber am Ende dem Druck der EU-Parlamentarier nachgeben. "Sowohl ungedeckte Leerverkäufe als auch ungedeckte Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen können in Krisenzeiten fatale Kettenreaktionen auslösen. Das hat die aktuelle Krise leider unmissverständlich bestätigt. Wäre das Verbot früher gekommen, wäre weniger Geld verbrannt worden und die Gesamtsituation wäre weniger dramatisch", betont Peter SIMON.



Mit der Verordnung werden zwei Quellen der Instabilität auf den Finanzmärkten endlich reguliert. "Handlungsbedarf besteht aber auch im Bereich der Regulierung der Ratingagenturen. Die haben nicht nur viel zu spät vor der Krise gewarnt sondern die Krise durch fragwürdige Bewertungen sogar noch verschärft", betont Peter SIMON. Die von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier dazu jetzt vorgelegten Gesetzesentwürfe zur Regulierung der Ratingagenturen gehen nach Ansicht des Mitglieds des Wirtschafts- und Währungsaus-

schusses jedoch nicht weit genug. "Zwar steht die dringend nötige Verschärfung des Wettbewerbs, um die Marktdominanz der wenigen großen Ratingagenturen zu verringern im Fokus, aber weder die Interessenkonflikte bei der Bezahlung von Ratings noch die Schwierigkeiten verbunden mit der Bewertung ganzer Volkswirtschaften werden ausreichend berücksichtigt" kritisiert Peter SIMON.

"In den anstehenden Verhandlungen werden wir Sozialdemokraten uns deshalb dafür einsetzen, dass die Abhängigkeit von den Entscheidungen der Ratingagenturen verringert wird, insbesondere durch die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur. Auch muss die Bezahlung von Ratings durch die Investoren erfolgen und eine ausreichende Haftung der Agenturen bei grob fährlässigem Verhalten sichergestellt sein", fordert Peter SIMON. "Nur so können wir erreichen, dass wir uns auch in diesem Gesetzgebungsverfahren nach vorne bewegen und die in der Krise noch einmal deutlich aufgezeigten Probleme richtig behandelt werden."

## Ganztagsgrundschule mit Herz und Seele

„Selten hat mir der Besuch einer Schule so viel Freude bereitet, wie der bei der neu gebauten Vogelstanggrundschule“, freut sich der Mannheimer SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Fulst-Blei. 2007 hatte Fulst-Blei als SPD-Fraktionsvorsitzender die Schule besucht und das Team um Rektor Heißner ausdrücklich ermuntert, bei ihren Überlegungen sich am bestmöglichen pädagogischen Erfolg und nicht an den überholten Schulbaurichtlinien des Landes zu orientieren. Tatsächlich ist es später gelungen, in den Etatberatungen zusätzliche Mittel bereit zu stellen, so dass sich der Schulneubau heute hell und freundlich und vor allem mit den notwendigen Quadratmeterzahlen präsentiert. So konnten die Klassenzimmer mit 71 qm deutlich größer gebaut werden als die Landesförderung dies bislang vorsieht. Im grün-roten Koalitionsvertrag, so Fulst-Blei, ist eine Anpassung der Schulbaurichtlinien an aktuelle pädagogische Standards vereinbart. Abgerundet wird das Gebäude durch ein großzügiges Außengelände, welches den Kindern spätestens im Sommer viel Platz zum Spielen und Toben anbietet. Die Vogelstanggrundschule ist seit Sommer eine verbindliche Ganztagsgrundschule. Sie umfasst aktuell 384 Schülerinnen und Schüler sowie 23 Schüler in einer Grundschulförderklasse. In Kooperation mit der Hans-Zulliger-Schule werden acht Kinder inklusiv beschult. Unterstützt werden die Lehrkräfte durch eine Schulsozialarbeiterin, eine pädagogische Assistentin, Erzieherinnen, Praktikantinnen sowie engagierte Verwaltungskräfte samt Hausmeister. Seitens der Hans-Zulliger-Schule sind Lehrkräfte im Rahmen einer Kooperation stundenweise an der Schule. Die Besonderheit der Vogelstanggrundschule liegt in ihren jahrgangsübergreifenden



Eingangsklassen, welche die Klassenstufen 1 und 2 gemeinsam unterrichten. Dies beinhaltet pädagogische Konzepte, die gezielt auf eine individuelle Förderung abzielen. Angesprochen wurden bei dem Besuch aber auch Problemaspekte. Seitens der Lehrerin Frau Jung wurde darauf hingewiesen, dass diese Unterrichtsform zwar viel Potential habe, aber für die ausübende Lehrkraft eine besondere, auch physische Anstrengung mit sich bringe. Hier sei es dringend notwendig die Unterrichtsversorgung ausreichend sicher zu stellen, um Lehrkräften z.B. auch den Besuch von Fortbildungen zu ermöglichen. Fulst-Blei weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die neue Landesregierung aus diesem

Grunde 711 zur Streichung vorgesehene Stellen erhalten hat. Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer will insbesondere den Unterrichtsausfall nachhaltig in den Griff bekommen. Dies hat sie bei ihrem Besuch in Mannheim deutlich unterstrichen. Auffällig ist Rektor Heißner zu Folge die negative Veränderung im Schülerverhalten, welches sich insbesondere in den letzten drei bis vier Jahren vollzogen hat. Dies lässt sich quer durch alle Bevölkerungsschichten beobachten. Hier braucht die Schule dringend die Unterstützung der Eltern. Seine Bitte an den Landtagsabgeordneten und Stadtrat: klare Vorgabe, was eine gebundene Ganztagschule abdeckt und was sie nicht leisten kann. Dies gilt z. B. für Notwendigkeit, Kinder pünktlich abzuholen bzw. nach Hause gehen zu lassen. Insgesamt kann aber festgestellt werden, dass der Ganztagsbetrieb an der Schule von den Eltern überwiegend sehr positiv aufgenommen wird. Ausdrücklich begrüßt der Schulleiter die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, welche einen großen Druck von den Kindern nehme. Ein letzter

Gedanke des Landtagsabgeordneten: Frau Jung sagte mit Blick auf ihre Schülerinnen und Schüler: „Was man

gut kann, muss man auch einbringen können.“ Dies gilt insbesondere für die Vogelstanggrundschule!

## Heberer initiiert Unterstützerschreiben aller Abgeordneten der MRN an Bundes-Verkehrsminister für ICE Strecke Frankfurt-Mannheim.

Nachdem Festlegungen des Investitionsrahmenplans des Bundes für die Jahre 2011 bis 2015 bekannt wurden, aus welchen hervorgeht, dass die Realisierung der Schnellbahnstrecke Mannheim-Frankfurt sowie der Ausbau des Bahnknotens Mannheim aus dem Investitionsplan des Bundes gestrichen werden sollen, wendet sich die Landtagsabgeordnete Helen Heberer an alle Abgeordneten der Metropolregion, um sie für eine gemeinsame Unterstützungsaktion für die



beiden Bahnprojekte zu gewinnen. Sie ist davon überzeugt, dass parteiübergreifend alle Abgeordneten beim Bundesverkehrsminister mehr erreichen können, als einzelne Vorstöße in dieser Sache. Denn in einem sind sich die Abgeordneten der Region aus Bund, Land und

Europaparlament, gleich welcher Couleur, einig: Die beiden Vorhaben sind von existenzieller Bedeutung für die Metropolregion Rhein-Neckar.

Auch den baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann bat Heberer vor kurzem darum, sich für die beiden Bahnprojekte in der MRN einzusetzen, der sich daraufhin in einem Schreiben an den Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer wandte und diesen eindringlich bat die Pläne rückgängig zu machen.

(In einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer sollen die Abgeordneten ihn auffordern, die Festlegungen des Entwurfs des Investitionsrahmenplans des Bundes für die Jahre 2011 bis 2015 zu revidieren und die beiden genannten Schienenprojekte in der Metropolregion Rhein-Neckar wieder in den Plan aufzunehmen

### Beschluss des SPD-Kreisparteitages

## Die Bürgerinnen und Bürger werden von der SPD aufgefordert, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen.

Die SPD Mannheim ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 27. November 2011 an der Volksabstimmung teilzunehmen, so dass endlich Klarheit über die Zukunft des Bahnhofprojektes herrscht.

Die SPD Mannheim setzt sich seit langem für Bürgerbeteiligung ein. Wir haben bereits unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung mit Erfolg ausprobiert und praktiziert. Auch für neue Formen der Beteiligung sind wir offen.

Die von der SPD Baden Württemberg vor der Landtagswahl vorgeschlagene und nach der Landtagswahl in der Regierung durchgesetzte Volksabstimmung ist ein wei-

teres Instrument, um neue Formen von Politikgestaltung und Beteiligung zu praktizieren.

Am 27. November 2011 können die wahlberechtigten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern über das Kündigungsgesetz zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“ abstimmen. Das Abstimmungsergebnis wird allerdings nur dann auch akzeptiert werden, wenn ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger an der Abstimmung teilnehmen. Deshalb fordern wir unsere Mitglieder und auch alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen. Eine hohe Beteiligung wäre auch ein Zeichen dafür, dass im Land auch zukünftig Volksabstimmungen stattfinden sollen.

Nach dem großen Erfolg im letzten Jahr WIEDERAUFNAHME mit neuen Liedern:

## Unter dem Himmel von Afrika: Eine musikalische Bildergeschichte mit dem Afrikachor IMBONGI

Fiete Hopf dirigiert Special Guest: Mandoza Radebe aus Heidelberg in Südafrika

SA, 26.11. Heidelberg, Alte PH, 20 Uhr, Eingang Quinckestr.

So, 4.12. Ludwigshafen, DAS HAUS um 16 Uhr, Bahnhofstr. 30

Karten bei: [konzerkarten-imbongi@gmx.de](mailto:konzerkarten-imbongi@gmx.de) oder Abendkasse im letzten Jahr hatte der afrikanisch singende Chor Imbongi aus Heidelberg sich auf seinen Namen besonnen, (Imbongi heißt nämlich „Geschichtenerzähler“) und ein Konzert mit dem Titel „Unter dem Himmel von Afrika“ auf die Bühne gebracht.

Diese "musikalischen Bildergeschichten" waren ein sehr großer Erfolg. Auf vielfachen Wunsch werden wir in diesem Jahr das Programm noch einmal zeigen. Das Konzert beschreibt mit poetischen Geschichten, star-

ken Bildern, wunderschönen Liedern und Rhythmen, ein kleines Dorf in Afrika „Esitjeni“, das Leben der Kinder dort und der Alten, ihre Traditionen, ihre Wünsche und Hoffnungen. Der Chor IMBONGI VOICES FOR AFRICA hat dieses Dorf schon dreimal besucht und was er dort er-





lebt hat wird mit Bildern und Texten erzählt. Der Chor unterstützt dieses Dorf und seine 200 Aids-Waisen seit Jahren in vielfältiger Weise und hat dafür bisher über 150 000 Euro gesammelt.

Das Land hat die weltweit höchste Aidsrate, ist nicht nur bettelarm sondern regelrecht pleite. Aber jetzt hat

auch Swaziland der „afrikanische Frühling“ erreicht. Die Menschen gehen massenweise auf die Straße, die absolute Monarchie des Königs und seiner 14 Frauen gerät ins Wanken.

Annette Lennartz, Voices for Africa e.V.

## Terminkalender der Mannheimer SPD

Hier stehen nur die Termine, die auf die Website der Mannheimer SPD gestellt oder per E-Mail mitgeteilt wurden:

### Montag, 21.11.2011, 11:00 Uhr.

Festakt 30 Jahre Frauenhäuser in Mannheim, Ort: Jüdisches Gemeindezentrum, F 3,4 Marianne Bade, Andrea Safferling und Ulrich Schäfer nehmen am Festakt teil.

### Montag, 21.11.2011, 12:00 Uhr - 13:00.

Telefonsprechstunde, Ort: 0621 - 89 71 44 mit von Helen Heberer, MdL

### Montag, 21.11.2011, 19:30 Uhr.

Filmpremiere des Vereins KZ-Gedenkstätte Sandhofen, Ort: Cinema Quadrat im Collini-Center Marianne Bade wird die Premiere besuchen.

### Dienstag, 22.11.2011, 16:00 Uhr.

Hochschultag der Hochschule Mannheim, Ort: Paul-Wittsack-Straße 10 Prof. Dr. Horst Wagenblaß wird den Hochschultag besuchen.

### Dienstag, 22.11.2011, 19:00 Uhr.

Mitgliederöffentliche Vorstandssitzung, Ort: Juso-Keller H 7,16

### Dienstag, 22.11.2011, 19:30 Uhr.

Mitgliederversammlung der Jusos Mannheim, Ort: Juso-Keller H 7,16

### Mittwoch, 23.11.2011, 18:00 Uhr.

DGB-Herbst-Gericht: der Fall Altersarmut, Ort: Otto-Brenner-Saal im Gewerkschaftshaus Reinhold Götz wird das Herbst-Gericht besuchen.

### Mittwoch, 23.11.2011, 19:30 Uhr.

Mitgliederöffentliche Funktionärsitzung des SPD-Ortsvereins Mannheim-Ost, Ort: Rotes Haus der AWO, Seckenheimerstr. 72

### Mittwoch, 23.11.2011, 19:30 Uhr.

Regimentsappell der Blauen Funken, Ort: Pfarrgemeinde St. Elisabeth Kiefernühl Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL, und Andrea Safferling werden teilnehmen.

### Donnerstag, 24.11.2011, 08:00 Uhr.

Personalversammlung Feuerwehr und Katastrophenschutz, Ort: Feuerwache Mitte, Meerfeldstraße 1-5 . Dr.

Boris Weirauch und Andrea Safferling nehmen an der Personalversammlung teil.

### Donnerstag, 24.11.2011, 17:00 Uhr.

Diplomverleihung Mannheimer Agenda Diplom 2011, Ort: Auditorium des Technoseums, Museumsstraße 1 Ralf Eisenhauer wird an der Verleihung teilnehmen.

### Donnerstag, 24.11.2011, 18:00 Uhr.

Auftaktveranstaltung zur Unterzeichnung der EU Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Ort: G 7, 22 Marianne Bade und Ulrich Schäfer werden an der Unterzeichnung teilnehmen.

### Donnerstag, 24.11.2011, 19:00 Uhr.

Winterfeier mit Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Waldhof/Luzenberg, Ort: Gaststätte Spiegelschlöss'l, Spiegelstraße

### Donnerstag, 24.11.2011, 19:00 Uhr.

Krise ohne Ende? - Europa am Scheideweg, Ort: Gaststätte Maruba, Feudenheimer Str. 2

### Freitag, 25.11.2011, 17:00 Uhr.

Aufstellung des Weihnachtsbaum, Ort: Gontardplatz Eine Aktion der Bürgerinitiative Gontardplatz

### Freitag, 25.11.2011, 20:00 Uhr - 23:00.

Gabriel & Nahles: Klare Linie Tour in BW, Ort: Filderhalle Leinfelden-Echterdingen

### Samstag, 26.11.2011 - Sonntag, 27.11.2011.

Weihnachtsmarkt, Ort: Kulturhaus Käfertal Der SPD Ortsverein Käfertal nimmt erneut am Käfertaler Weihnachtsmarkt teil.

### Sonntag, 27.11.2011, 08:00 Uhr - 18:00.

Volksabstimmung über Stuttgart 21, Ort: In Ihrem Wahllokal

### Sonntag, 27.11.2011, 17:00 Uhr.

Jubiläumskonzert der Städt. Musikschule - 40 Jahre Musikschule, Ort: Musensaal Rosengarten Helen Heberer, MdL, und Ulrich Schäfer nehmen am Jubiläumskonzert teil.



## Gemeinsamer Aufruf an alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Neckarau, Almenhof und Niederfeld:

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 27. November 2011 stimmen die wahlberechtigten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger über das Kündigungsgesetz zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“ ab.

Diese Volksabstimmung überlässt der Bevölkerung die letzte Entscheidung an der Mitfinanzierung des Bahnprojekts „Stuttgart 21“ in Höhe von bis zu 930 Millionen Euro. Bei Zustimmung zu diesem Gesetz wird das Projekt wahrscheinlich scheitern.

Es ist wichtig, dass möglichst viele Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben. Wir möchten Sie gemeinsam bitten, sich an dieser Volksabstimmung zu beteiligen und auch im Bekannten- und Kollegenkreis für die Beteiligung an der Volksabstimmung zu werben!

Nach Schlichtung und Stresstest ist dies die erste Volksabstimmung in der Geschichte des

Landes. Es ist der letzte politische Befriedungsversuch des umstrittenen Bauprojekts. Je mehr Wahlberechtigte sich an Abstimmung beteiligen, desto klarer wird das Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger.

Wer mit JA stimmt, stimmt somit für die Kündigung der Verträge und damit für den Ausstieg des Landes aus der Projektfinanzierung „Stuttgart 21“. Wer mit NEIN stimmt, stimmt gegen die Kündigung und für den Weiterbau des Bahnprojekts. Kurz gesagt: Wer gegen Stuttgart 21 ist, stimmt mit JA - wer für Stuttgart 21 ist, stimmt mit NEIN.

Wir rufen Sie gemeinsam auf, am 27. November (oder zuvor per „Briefwahl“) an der Volksabstimmung teilzunehmen. Nur dann kann endlich Klarheit über die Zukunft des Bahnprojektes entstehen.

**Baden-Württemberg braucht ein klares Votum!  
Beteiligen Sie sich an der Volksabstimmung am 27. November!**

**Stefan Busch** für den CDU-Ortsverband Neckarau  
**Mathias Kohler** für den SPD-Ortsverein Neckarau-Almenhof-Niederfeld  
**Elke Zimmer** für den Ortsverband Neckarau Bündnis 90/Die Grünen  
**Felix Glaser** für den FDP-Ortsverband Lindenhof-Almenhof-Neckarau

